

Wien, am 27. Februar 2014

PRESSEINFORMATION

VII fordert ein Ende der polemischen Debatte über leistbares Wohnen

- **Miete sollte nicht für Wahlpropaganda missbraucht werden**
- **Modernisierung des MRG ist gefragt, kein postkommunistischer Ruf nach Mietzinsdeckelung, der nur das Angebot an Mietobjekten reduzieren würde**

Wien: In Österreich leben 60 Prozent der Bevölkerung im Eigentum! Wer mietet muss durchschnittlich rd. 21,6 Prozent des verfügbaren Einkommens für Wohnen und Energie aufwenden, was international gesehen noch im günstigen Bereich liegt. Daher ist jedes „Zahlenspiel“ mit Mieten zur Wahlpropaganda abzulehnen. Schon eine Befragung durch die Stadt Wien vor der Nationalratswahl hat ergeben, dass rd. 75 Prozent mit ihrer Wohnsituation zufrieden sind. Daher ist es negativ beeindruckend mit welchem Zahlenspiel die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter in der Arbeiterkammer (AK) nun ihre WählerInnen zu Wahlurne bringen will. Eine an ihre WählerInnen versandte Umfrage, sowie ein auf den wesentlichen Tageszeitungen aufgeklebtes Gewinnspiel zu leistbarem Wohnen, haben einen beschämend geringen Rücklauf von rd. 21.000 Stück erbracht. Allein in Wien hat die AK rd. 800.000 Mitglieder. Den schwachen Rücklauf bezeichnet die AK in einer Aussendung jedoch wie folgt: „Das massive Interesse an der AK Wohnumfrage zeigt, dass die Wohnkosten die Menschen enorm bewegen.“ Und weiter: „Rund 96 Prozent der Befragten unterstützen die zentralen Forderungen der AK.“ „So eine statistische Verfälschung kann man nicht unkommentiert hinnehmen, noch dazu wo die Fragen derart polemischer Natur sind, dass man von einer echten Umfrage gar nicht sprechen kann“, deponiert Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der Institutionellen Immobilieninvestoren. Die AK Forderung nach einer Mietzinsdeckelung, inklusiver aller Zuschläge von Euro 6,19/m², würde nur einen wesentlichen Rückgang des Mietobjektangebotes bewirken.

Modernisierung des Mietrechts ist gefragt

Mit einem klar definierten, leicht verständlichen Mietrechtsgesetz könnte sich jeder schützen ohne teure Anwälte einschalten zu müssen. „Wir sind im 21. Jahrhundert! Rundherum gibt es in Europa klarere Verhältnisse als in Österreich. Nicht der postkommunistischen Ruf nach einer Mietzinsdeckelung ist gefragt, sondern eine generelle Modernisierung des Mietrechtsgesetzes, wie es der VII seit Jahren fordert und keine homöopathischen Dosen, die nur eine weitere Verschlimmbesserung ergeben würde“, so Louzek. „Eine handlungsunfähige Politik ist Mietern wie Vermietern nicht zumutbar, ebenso eine politiknahe AK die dieses Thema als Wahlkampfschlager missbraucht“.

Fast jeder ist heute schon Vermieter

Es ist auch nicht der Vermieter der Böse und der Mieter der Gute. Denn heute sind fast alle die in einen Pensionsfond einzahlen oder in sonstige Veranlagungen investieren, indirekt auch Vermieter – dessen sollte sich jeder bewusst sein.

VII

Der Verband der Institutionellen Immobilieninvestoren (VII) vertritt in- und ausländische Immobilieninvestoren, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtung oder im Rahmen ihres Geschäftszweckes, Immobilien erwerben, verwalten und verwerten.

Mehr Infos unter: www.vii.co.at

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834
Email: keglevich@spa.co.at